

Antrag	Vorlage-Nr:	VO/2020/5380-01		
	Öffentlichkeitsstatus:	öffentlich		
Perspektiven für Osnabrück (nach) DURCH Corona-Zeiten				
Antrag von FDP, Die Linke, BOB und UWG / Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen zu TOP 4.6				
Beratungsfolge:				
Gremium	Datum	Sitzungs- art	Zuständigkeit	TOP- Nr.
Verwaltungsausschuss	21.04.2020	N	Vorberatung	
Rat der Stadt Osnabrück	21.04.2020	Ö	Entscheidung	

Beschluss:

Die Corona-Krise und die damit verbundenen Einschränkungen werden das öffentliche Leben und das Handeln von Rat und Verwaltung noch länger beeinflussen – womöglich so lange, bis wirksame Therapeutika und / oder Impfstoffe vorliegen.

Um nach der Corona-Krise möglichst schnell wieder zu einem geordneten Verwaltungshandeln zurückzukehren, ist eine Strategie für die Zeit nach der Krise zu entwickeln.

1. Die Verwaltung wird deshalb aufgefordert zu prüfen, wie nach Aufhebung von der wesentlichen Beschränkungen im privaten wie im wirtschaftlichen Bereich, das öffentliche Leben durch städtische Aktivitäten im Bereich der Kinderbetreuung, im Kulturbetrieb, im öffentlichen Personennahverkehr und durch die Wirtschaftsförderung unterstützt die Stadt positiv begleitet werden kann,
2. Der Rat sieht derzeit keine Veranlassung, geplante Investitionen zu stoppen. Die Bürgerinnen und Bürger brauchen in unsicheren Zeiten Verlässlichkeit und die Wirtschaft umso mehr Anreize durch gesicherte Nachfrage.
welche bislang noch nicht vorgenommenen Investitionen aufgrund der durch die Krise entstandenen wirtschaftlichen, strukturellen und finanziellen Situation verändert werden müssen,
3. Der Rat unterstützt den einstimmigen Beschluss der Wirtschaftsministerkonferenz der Länder, in dem die Bundesregierung aufgefordert wurde, den „mehr als anderthalb Millionen Soloselbständigen“, die durch den Lockdown „in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht sind“, ebenfalls zu helfen und hat mit dem Beschluss zu Top 4.4. weitere eigene Anstrengungen zur Unterstützung von Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft unternommen.
wie die Osnabrücker Selbstständigen und Kulturschaffenden bei einem Wiederaufbau unterstützt werden können ob weitere Nachtragshaushalte notwendig werden und der Beschluss zum Doppelhaushalt 2021/22 aufgehoben werden muss,

4. Die Verwaltung wird deshalb aufgefordert zu prüfen, wie Erfahrungen genutzt werden können, Homeoffice für einige Verwaltungsbereiche dauerhaft einzurichten und durch Digitalisierung Kosteneinsparungen sowie Erhöhung der Servicequalität zu erreichen.
5. **Nach den Sommerferien werden zeitnah der Finanzausschuss und der Rat über die durch die Krise entstanden zusätzlichen vorläufigen Ausgaben informiert. Zudem wird die aus der aktuellen Situation prognostizierte Einnahmen-Situation der Stadt vorgestellt.**

Begründung:

- erfolgt mündlich

Der Inhalt der Vorlage unterstützt folgende/s strategische/n Stadtziel/e:

gez.: Dr. E. h. Fritz Brickwedde
CDU-Fraktion

gez.: Frank Henning
SPD-Fraktion

gez.: Volker Bajus
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen